

Elternarbeit als politische Bildungsarbeit

Umstritten ist es nun eigentlich nicht mehr, daß Elternarbeit vielfältige politische Dimensionen enthält, seien sie nun Teil des ~~praktischen~~ Szenariums oder eher Elemente des "hidden curriculum". Gestritten wird - wie auch anderswo - um Konzeptionen, also um Ziele und Methoden politischer Bildungsarbeit mit Eltern. Der Rahmenkonsens der uns bekannten Konzeptionen basiert auf der Tatsache, daß Elternarbeit sich nicht nur auf Eltern in ihrer Eigenschaft als Erziehende bezieht sondern sie als Mitglieder des familialen und öffentlichen gesellschaftlichen Systems ansprechen sollte.

Konsens läßt sich auch hinsichtlich der groben Zielvorstellungen ausmachen: Eltern sollen befähigt werden, im Sinne verantwortlicher Staatsbürgerschaft an öffentlichen Institutionen - seien es Kindergarten, Schule, Verwaltung - an ihren eigenen Interessen orientiert mitzubestimmen. Unterschiede fallen auf, ob sich politisch verstehende Elternarbeit mehr an den Kindern oder an den Eltern als Zielgruppe orientiert: Werden Eltern mehr als die Heranziehenden der zukünftigen Staatsbürger betrachtet, die man für eine demokratische, familiale Binnenkultur befähigen muß, aus der heraus politisch interessierte, informierte und handlungsfähige Kinder erwachsen, oder

werden Eltern vorrangig in ihrem eigenen Status als Erwachsene gesehen und ernst genommen?¹

Kontrovers werden Zielvorstellungen natürlich in dem Augenblick, wo sie konkreter werden; gilt es doch dann, politische Realitätseinschätzungen auszuhandeln, auf die sich Feinziele ja beziehen müssen: damit werden Fragen der Loyalität gegenüber dem bestehenden gesellschaftlichen System berührt, wenn reale Chancen zur unmittelbaren Einflußnahme von Eltern auf politische Prozesse ausgelotet werden.

Blickt man auf ein recht bekanntes Modellprojekt der politischen Elternarbeit vor einigen Jahren, nämlich "Familien in Dorfweil" fällt einiges auf, was auf Schwierigkeiten verweist, die wohl systematischen Charakter besitzen:

Die globalen Zielvorstellungen

- Demokratisierung der Gesellschaft,
- Emanzipation des Menschen von unbegriffenen Zwängen,
- Einsicht in die Bedingungen sozialen Lebens und politischen Handelns,

wurden während der Veranstaltung in ihrer methodischen Umsetzung nicht konsensual von allen Teammitgliedern getragen.

Selbst Dorfweil II, das nicht wie der erste Modellversuch thematisch strukturiert war, sondern den selbststewardenden Lern- und Selbstfindungsprozessen der teilnehmenden Familien Raum geben wollte, folgte natürlich doch der Logik geplanter Bildungsarbeit, nach der

die Veranstalter mit ihren Zielvorstellungen sozusagen mit Vorgabe den Teilnehmern gegenüber treten.

Ein Widerspruch, der sich nur dann konstruktiv, d.h. im Sinn der Aktivierung der Eltern und Kinder auflöst, wenn er offen zum Thema der Veranstaltung gemacht wird.

Die Zielvorstellungen der Seminararbeit waren begleitet von Beschreibungen der Adressatengruppe, die überwiegend von Annahmen ihrer mangelnden Fähigkeiten geprägt waren: "Unterentwickelte Kompetenz, eingeschränkter Gebrauch sozialer Fähigkeiten" (S. 12 ff.) usw.

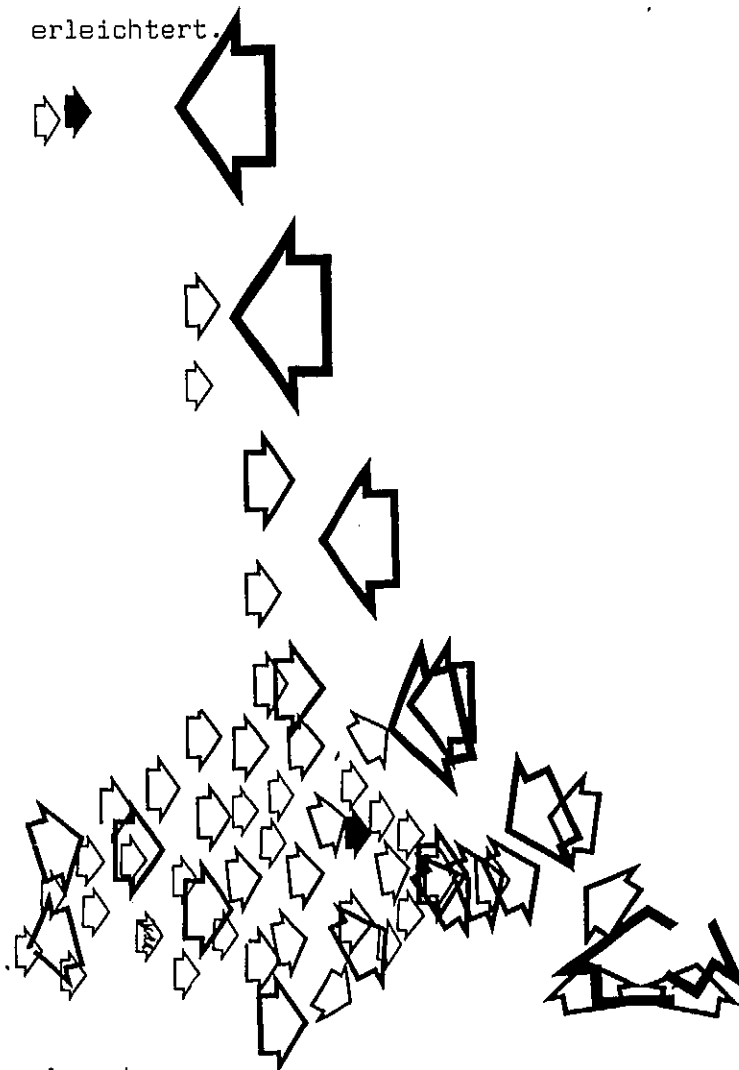
Wie diese Defizitzuschreibungen stammten auch die positiven Annahmen über die Adressatengruppe einer Fachliteratur, die relativ wenig Bezug auf die sozialen und politischen Erfahrungen deutscher Familien in den letzten dreißig bis vierzig Jahren nimmt.

Als schwierig erwies sich auch, Zielvorstellungen der Veranstalter, Interessen der Teilnehmer mit thematischen Sachgebieten eindeutig zu vermitteln.

Die genannten Schwierigkeiten, nämlich Erfahrungs- und Interessenshintergrund der teilnehmenden Eltern mit einem thematischen Gegenstand zu vermitteln, der sich den globalen Zielvorstellungen einer Seminararbeit fügt, bringen wohl jeden Veranstalter politischer Elternbildungsarbeit in eine Zwickmühle, für die es jeweils nur teilweise befriedigende Lösungen geben kann.

Auch wenn eine langfristige politische Elternarbeit nur über den engen Rahmen von seminarmäßiger Bildungsarbeit hinaus möglich ist, enthalten Seminare die Chance, daß die gemeinhin als privat angesehene Familiensphäre öffentlich werden kann, also derjenige elementare

Lebensbereich, der in unserer gesellschaftlichen Öffentlichkeit kein Gegenstand ist. Somit kann hier einerseits Öffentlichkeit anders gestaltet werden - ein Politikum für sich - andererseits können unmittelbare Erfahrungen von Menschen als Familienmitglieder ggf. eine Betroffenheit herstellen, die die Verknüpfung von individueller Erfahrung und politisch-ökonomischen Prozessen erleichtert.



Anmerkungen

¹ BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG: Dokumentation der Fachtagung "Elternbildung als Aufgabe politischer Bildung", 17.-20. November 1977

² BECKER, F.J.E.: Politische Bildung mit Arbeiterfamilien. Bonn 1977

Ein Modellseminar - neue Anforderungen in der Familienbildung?

Als die Arbeiterwohlfahrt und der Bundesverband Neue Erziehung uns für diese Modellreihe verpflichtete, hatten wir - aufgrund der plötzlichen Erkrankung einer Mitarbeiterin der Arbeiterwohlfahrt - zur Vorbereitung des 1. Seminars nur 6 Wochen Zeit. Als erstes stellten wir uns die für jedes Seminar sicherlich typischen Fragen:

1. Was ist unser Ziel bei diesem "Modellseminar"?
Wen spreche ich für ein solches Seminar zur "Elternbildung als Aufgabe politischer Bildung" an?
2. Wie erreiche ich Familien für ein Seminar, hier sogar für ein Wochenseminar, die traditionell nicht von Angeboten der Familienbildung erreicht werden und von sich aus unter dieser Themenstellung sich wahrscheinlich erst einmal nicht anmelden werden?
3. Mit welchen Inhalten soll die Veranstaltung wie umgesetzt werden?

Unser Ziel dieser Seminarreihe war es, Eltern/Familien zu befähigen, sich mit ihrem sozialen Umfeld wie Wohnverhältnisse, Kinderspielplätze, Schulen etc. kritisch auseinanderzusetzen mit der Absicht, dieses Umfeld ihren Interessen entsprechend zu verändern. Dieses Seminar sollte ein Beitrag zur "Elternbildung als Aufgabe politischer Bildung" sein, wobei politische Bildung nicht unparteilich sein kann, sondern mit Parteilichkeit, der Auseinandersetzung und aktiven Wahrnehmung von Interessen verknüpft ist. Wenn wir Eltern/Familien befähigen wollen, sich

in ihrem Alltag politisch zu verhalten, bedeutet dies gleichzeitig die konkrete Fragestellung nach Ursachen von Problemen, Mißständen in der Familie, im Wohnviertel und darüberhinaus sowie die Frage, mit wem und für was engagiere ich mich? Dieses parteiliche Engagement schließt den Kampf um die Macht mit ein. "Macht ist niemals unbesetzt ... Wer sie nicht hat, muß sie erstreiten. Wer aber Macht hat, ist daran interessiert, sie für sich zu erhalten und zu verteidigen. Deshalb wird - so sehe ich es - Parteilichkeit, Klassenbewußtsein, Zugehörigkeitsgefühl, Solidarisierung der Interessengleichen von denen, die Macht haben und um ihre Privilegien fürchten, abgewertet, disqualifiziert. Deshalb wird Politisation verhindert". (1)
(s. hierzu auch: Verena Mayr-Kleffel, Elternarbeit als politische Bildungsarbeit)

Bei dieser Seminarreihe sollten vor allem Eltern/Familien angesprochen werden, die es sich nicht zutrauen, erkannte Mißstände zu artikulieren und selbstständig durchzusetzen. Neben der Entwicklung von Selbstbewußtsein und Selbständigkeit sowie Selbstvertrauen erschien es uns im Hinblick auf die praktische Umsetzung der in den Seminaren gemachten Erfahrungen wichtig zu sein, daß die Teilnehmer die Möglichkeit haben zur weiteren Kommunikation. Aufgrund dieser Überlegungen bot sich ein Neubaugelände in Bergheim (Nähe Köln) an, das mit Kinder- und Jugendeinrichtungen unterversorgt ist. Die in diesem Gebiet angesiedelte Familienbildungsstätte der

AW schien uns mit einer Gewähr dafür zu sein, daß die begonnene Arbeit dort fortgeführt werden kann, was sich später auch teilweise bestätigte.

Bei der Frage "Wie erreiche ich die Seminarteilnehmer?" und interessiere sie für ein Familienseminar, wurde uns sehr schnell klar, daß Begriffe wie "politische Elternbildung", "Zielsetzung" etc. abschreckend auf potentielle Teilnehmer wirken muß. Zu stark wird bei dem Begriff "Bildung" an "gehobene Bildung", "gute Allgemeinbildung = gebildeter Mensch = Wissen" gedacht und in Verbindung gebracht mit "Schule/Leistung". Wenn Bildung bis zum heutigen Tag fast ausschließlich mit Wissen und Leistung in Verbindung gebracht wird, ist es nicht weiter erstaunlich, daß sich Familien von einem Seminar zur Familienbildung nicht so ohne weiteres ansprechen lassen. Infolgedessen wird man auch in Zukunft noch immer diese Seminarsituation vorfinden: Neben der Frau des Herrn Dr. X sitzt die Frau des leitenden Angestellten Y. Geleitet wird das Seminar dann von Herrn Prof. Dr. Dipl.-Psyche!!



Aber nicht nur deshalb dürfte uns diese Situation eigentlich nicht mehr verwundern. Denn: Nach wie vor hat Familienbildung ähnlich wie die außerschulische Jugendbildung (obwohl als eigenständige Sozialisationsinstanz offiziell anerkannt) um ihren gesellschaftlichen Stellenwert zu kämpfen. Im Gegensatz zur Schule zeichnet sie sich durch das Prinzip der Freiwilligkeit, der Bedürfnis- und Interessenorientierung am Teilnehmer aus. Das Prinzip der Freiwilligkeit läßt auf der einen Seite auf ein grundsätzliches Interesse der Teilnehmer am jeweiligen Familienbildungsangebot schließen, heißt auf der anderen Seite aber auch, daß Interesse z.T. erst noch geweckt werden muß, da eine "Zwangs"-situation wie in der Schule (Schulpflicht) nicht gegeben ist. Hieraus resultiert sicherlich auch die Schwierigkeit, andere Schichten als das Bildungsbürgertum für Familienbildungsangebote zu interessieren und zu gewinnen.

Richtete sich Familienbildung ursprünglich weniger an die Familie als vielmehr an die Mutter, so hat sich dies in den letzten Jahren verändert. Die zunehmenden Emanzipationsbestrebungen der Frau verbunden mit der eigenen Berufstätigkeit sowie der Zerfall der Großfamilie machten einen Wandel weg von der Mütter über die Eltern hin zur Familienbildung notwendig. Dies wird auch in der Wandlung der Name der Institutionen deutlich. Aus den "Mütterschulen" wurden später die "Elternschulen", die "Häuser der Familie" und die "Familienbildungsstätten".

Vor allem Ende der 60er Jahre, Anfang der 70er Jahre wurden alternative Lebensformen wie z.B. Wohngemeinschaften als Alternativen

tive zur traditionellen Kleinfamilie diskutiert. Dabei verstand man die Diskussion über "Alternativmodelle" zum "Modell Familie" als Teilaspekt der Notwendigkeit gesamtgesellschaftlicher Veränderungsprozesse. Ganz anders dagegen die Diskussion über Familie in der letzten Zeit: Um Arbeitsplätze einzusparen, der Notwendigkeit der Schaffung von adäquaten Einrichtungen, wie Krippe, Kinderhäuser etc. nicht nachgeben zu müssen, wird die Rolle der Mutter wieder zunehmend glorifiziert, wird die Familie als letzte Oase in diesem technischen Zeitalter dargestellt und ihr wieder traditionelle Aufgaben zugewiesen, die sie eigentlich nicht mehr leisten kann.

Durch unseren Einladungsstext sowie unsere Gesamtkonzeption versuchten wir, diesem o.g. Phänomen Rechnung zu tragen. Über ein Flugblatt mit der Überschrift "Haben Sie in den Herbstferien schon etwas vor?" luden wir die Eltern zu einem ersten Info-Gespräch ein, um unsere Vorstellungen darzulegen und das Thema des Seminars exakt festlegen zu können. Bei diesem ersten Info-Gespräch wurden die unterschiedlichsten Erwartungshaltungen sichtbar: Anfangen von der Vorstellung, eine Woche Urlaub machen zu können bis hin zu den Erziehungsproblemen interessierter Eltern war alles vertreten. Durchweg aber wurden traditionelle Wünsche bezogen auf die Binnensphäre der Familie geäußert. Wir als Teamer standen hier in dem Konflikt, auf der einen Seite ein "Modell"-seminar zur politischen Elternbildung machen zu müssen, auf der anderen Seite die Erwartungen der Teilnehmer, auch wenn sie nur vordergründig erschienen, nicht in erster Linie erfüllen zu können. All die von mir zu Anfang genannten Prinzi-

prien wie Bedürfnis- und Interessenorientierung der Teilnehmer wurden hier mißachtet und brachten uns in die Gefahr, die Teilnehmer zu "Versuchskaninchen" zu degradieren. Bei diesem Info-Gespräch forderten wir die Interessenten auf, noch weitere Bekannte für dieses Seminar zu interessieren. Wie sich später herausstellte, geschah dies hauptsächlich mit dem Argument: "Da kannst Du billig Urlaub machen!" und sorgte zu Anfang für Konfliktstoff bei dem Seminarverlauf. Die Vorbereitungen zu dem Planspiel nahmen solch einen breiten Raum ein, daß die Urlaubsvorstellungen der Teilnehmer in den ersten Tagen nicht berücksichtigt werden konnten und bis zum Planspiel selbst zu unterschwelligen Mißtönen führten.

Nachdem die Rahmenbedingungen des Seminars den Eltern klar waren, kam der Vorschlag, das Seminar zu der Thematik der Kinderspielplätze zu benutzen.

Wie eingangs unter 1) und 2) schon festgestellt, ging es bei diesem Seminar darum, Familien zu befähigen, ihre Umwelt ihren Interessen und Bedürfnissen gemäß zu verändern. Die finanzielle Situation war hier zur Erprobung modellhaft, was sich an folgenden Punkten positiv bemerkbar machte:

Personalausstattung:

- 1 Arbeiterwohlfahrt
- 3 Planspielteamer
- 5 Kinderbetreuer
- 2 Deutsches Jugendinstitut
- wissenschaftl. Begleitung
- 1 Lehrerin
- 1 Leiterin der Familienbildungsstätte der AW
- 54 Teilnehmer

(Grundlage: Seminar in Blomberg)

Hinzu kam eine gute Materialausstattung sowie ein geringer Teilnehmerbeitrag. Vorgegeben war,

wie ich unter 2) schon darstellte, die Zielsetzung des Seminars: Es

ging um 2 Seminare zur politischen Elternbildung, die die Einstellungsänderungen im Hinblick auf politisches Handeln untersuchen sollten. Vorgegeben war weiterhin die Methode Planspiel zur exemplarischen Erprobung bei Seminaren zur politischen Elternbildung. Die Methode Planspiel wurde gewählt (neben den noch zu erwähnenden Vorzügen), weil m.E. hierdurch am besten Stadtteilrealität modellhaft abgebildet werden kann und sich für die genannte Themenstellung anbot.

Aufgrund der Teilnehmerstruktur und dem vorhandenen Mißtrauen Seminaren gegenüber versuchten wir, keine reguläre Seminarwoche, sondern eine Verbindung zwischen Seminar und Urlaub zu konzipieren. Zu dieser Konzeption gehörten Gespräche am Abend, Bier-tischgespräche, Tanz und Spiel, Ausflüge und zuletzt die Methode Planspiel. All diese Elemente sorgten für eine gelockerte Atmosphäre und verhinderten die so oft bei Seminaren vorhandene "professionelle Distanz". Wenn die Teilnehmer in den ersten Tagen dazu zu motivieren waren, die für das Planspiel notwendigen Rollenbeschreibungen zu machen sowie Strategiediskussionen zu führen, so ist das m.E. auf diese oben genannten Komponenten zurückzuführen. Beim Planspiel selbst fand auf der spielerischen Ebene eine Auseinandersetzung statt, wie sie in einem Diskussionsforum nicht besser hätte laufen können. Der Vorteil dieser Methode liegt sicherlich darin, daß es lustbetont ist, eventuelle Unsicherheiten bei einzelnen Personen nicht aufkommen läßt, da jeder den Schutz der einzelnen Spielgruppe genießt und sich hervorragend zur Herstellung von Solidarisierungseffekten eignet.

Der hohe Beteiligungsgrad beim 2. Seminar spricht m.E. für diese Konzeption (Bildung, Methode

Planspiel, Urlaub). Es wurde zumindest eine solche Motivation geschaffen, daß die Eltern bereit waren, sich beim 2. Seminar auf das schwierige und komplexe Thema "Schulmitwirkung" einzulassen. Zwischen dem 1. und 2. Seminar fanden ein Auswertungstreffen und ein weiteres Vorbereitungstreffen statt, so daß die Eltern bei der Themenstellung, der Programmgestaltung weitestgehend Einfluß nehmen und die beim 1. Seminar nicht beachteten Prinzipien hier wieder korrigiert werden konnten. Erwähnenswert ist noch, daß 1 Jahr nach dem 1. Seminar auf Initiative der Eltern ein 3. Seminar durchgeführt wurde, einige Eltern an Kursen der Familienbildungsstätte teilnehmen bzw. selbst einen Kurs leiten.



Das Team

Wie schon erwähnt, gehörte zu der guten materiellen Ausstattung des Modellseminars auch eine "modellhafte" Personalausstattung. Bis zu 13 Leute umfaßte das Team, so daß hier

schon wieder ganz andere Probleme auftauchen: Wie erreiche ich eine möglichst optimale Durchlässigkeit, wie sichere ich einen guten Informationsfluß zwischen Veranstalter, Kinderteamer, Planspieler und wissenschaftlicher Begleitung? Die kurze Vorbereitungszeit für AW und BNE verhinderte (zum Glück), daß hier ein "Team" mit einzelnen "Kapazitäten" zusammengestellt wurde. Die Situation erzwang, daß ein Team zusammenkam, das sich entweder aus früheren Stundenzusammenhängen, und/oder Arbeitszusammenhängen weitestgehend untereinander kannte. Mit dem gegenseitigen Bekantsein war in etwa auch der gleiche politische Konsensgrad sowie die gleiche Zielsetzung verbunden. Grundsatzdiskussionen über Parteilichkeit, Solidarisierung der Interessengleichen, die Frage der Macht in unserem Staat brauchte nicht noch erst geführt zu werden und erleichterte die Vorbereitung in diesem kurzen Zeitraum.

Zu der Vorbereitung gehörte die genaue Analyse der Stadt Bergheim. Hierzu wurden Kommunalpolitiker, die Leiterin der Familienbildungsstätte, beim 2. Seminar die Eltern selbst sowie eine Anzahl von Presseartikeln herangezogen. Der Diskussion um inhaltliche und methodische Schritte wurde viel Raum gegeben, so daß durch die zusätzliche individuelle Vorbereitung auf den gemeinsamen Besprechungsterminen (Planspieler und Kinderteamer z.T. getrennt, z.T. gemeinsam, je nach Notwendigkeit) ein gemeinsames Konzept entwickelt werden konnte. Positiv ist zu vermerken, daß das Team mit dem Veranstalter, den wissenschaftlichen Mitarbeitern und der Vertreterin der Familienbildungsstätte aus Bergheim gut miteinander harmonierte - sicherlich auch aufgrund ähnlicher Sicht-

weisen - was jedenfalls erst einmal nicht vorauszusehen war.

Beim Seminar selbst führte das Team tägliche Besprechungen durch, um der jeweiligen Situation Rechnung tragen zu können, auftauchende Schwierigkeiten zu lösen und die weitere Planung und Durchführung entsprechend weiterführen zu können. Diese Besprechungen hatten allerdings die Tendenz hin zur "Geheimsitzung", so daß der Wunsch einer Teilnehmerin, an einer Sitzung teilzunehmen, bei uns erst einmal für Verblüffung sorgte. Der Lerneffekt über die Funktion solcher Besprechungen, ihrer Wirkung auf Teilnehmer blieb bei uns nicht aus!

Die Kinderbetreuung - aus der Sicht des Planspielteamers

Von der Zielsetzung her richtete sich dieses Seminar ausschließlich an Eltern. Die Kinder mußten zwangsläufig mitgenommen werden und irgendwie versorgt werden. Von der Konzeption her ein politisches Seminar zur Familienbildung - doch wo blieben die Kinder?! Mit den Eltern wollten wir Politik machen - und mit den Kindern Beschäftigungstherapie - dies war die unbewußte Haltung der Teamer. Die gute personelle Ausstattung bei den Kinderbetreuern hat bei den Teamern und Eltern einen Lernprozeß ausgelöst, der sicherlich nachhaltig wirken wird. Wurden die Kinder anfangs als Belastung angesehen, von denen man am liebsten Urlaub machen wollte, so hat sich hier im Laufe der Seminare eine Einstellungsänderung bemerkbar gemacht: Kinder wurden durch Einbeziehung in das Planspiel und andere Aktivitäten

zunehmend als Partner angesehen, von denen auch Eltern und Teamer etwas lernen konnten. Zurückzuführen ist dies m.E. darauf, daß hier versucht wurde, der Kinderbetreuung einen angemessenen Stellenwert einzuräumen, was sich auch ausgezahlt hat. Leider bleibt dies wohl noch erst "modellhaft": das Nachfolgeseminar muß weiterhin mit 2 Betreuern für 30 Kinder auskommen - von einer angemessenen Bezahlung ganz zu schweigen (s. S. 81f.)
Kinder als gleichwertige Partner?
- Ja, bitte!?! Aber bitte schön auch mit den notwendigen personellen und materiellen Mitteln!



Die Arbeit eines Referenten

Gleich ob als freiberuflicher Referent, als Mitarbeiter in einem Verband oder in einem Jugendamt - die Bemerkungen Außenstehender vor und nach einem Seminar sind immer dieselben: "Na, dann mach Dir mal schöne Tage", "so gut

möchte ich es auch 'mal haben!", "wenn ich hier auch mal raus könnte." "Was macht ihr da eigentlich?" Umso erstaunlicher das Empfinden eines jeden Referenten. "24 Stunden im Dienst - Na klar!" So oder ähnlich könnte man seine Situation beschreiben. Auch wenn nach BAT nur die tatsächlich durchgeführten Seminarstunden in Anrechnung zu bringen sind, die Verantwortlichkeit rund um die Uhr bewirken Streß und ständige Anspannung. Auf der einen Seite möchte der Teilnehmer den Referenten als Partner sehen, der sich auch persönlich einbringt, auf der anderen Seite ist er aber ständig "Der Fachmann", der auch am späten Abend noch zu einem "wichtigen" Thema Stellung nehmen muß. Der inoffizielle Teil eines Seminars entscheidet mit über Gelingen bzw. Mißerfolg eines Seminars. Das Vorfinden einer schönen Umgebung, das inoffizielle persönliche Gespräch, der Spaziergang mit der Möglichkeit, sich angstfrei auszusprechen, das "Dasein" des Referenten auch nach "Feierabend" - all dies ist für ein Seminar von ausschlaggebender Bedeutung. Anders ausgedrückt: Das "Abreißen" von 6 Seminarstunden am Tag mit anschließendem Feierabend wäre der garantierte Mißerfolg. Diese Konsequenz scheint sich bei den Arbeitgebern noch nicht ausreichend herumgesprochen zu haben. Wie anders ist es sonst zu erklären, daß auch weiterhin die "offiziellen" Seminarstunden zur Grundlage genommen werden und in der Bezahlung, in der Zeitabrechnung, bei der Überstundenvergütung immer noch nicht die tatsächlich geleistete Arbeitszeit zur Bemessungsgrundlage gemacht werden?

- 1) Arno Kosmale: Elternbildung als Aufgabe politischer Bildung, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 46 f.

Planspiel als Methode in der politischen Familienbildung

Wieso haben wir gerade in einem Modellseminar ein Planspiel als Methode eingesetzt?

In dem Förderungsantrag an das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (BMJFG) ging der Träger der Maßnahme davon aus, daß das "Mikrosystem Familie" nur unzureichend auf die Auseinandersetzung mit dem "Makrosystem Gesellschaft" vorbereitet ist. Dies werde besonders deutlich, wenn "aktuelle Probleme und Konflikte die Auseinandersetzung mit dem Makrosystem erzwingen, z.B. in schulischen Fragen, bei Problemen der Verkehrsführung in Wohnbereichen, bei der Wohnumfeldgestaltung usw. Hier erweist es sich, daß die Familien in keiner Weise auf die Auseinandersetzung mit den Strukturen eines komplexen, bürokratisierten, auf funktionale Effizienz ausgerichteten politisch-administrativen Systems vorbereitet sind" (1). Die im Antrag angedeuteten Probleme spiegelten sich dann auch tatsächlich in der Themenwahl der Teilnehmer wider. Folgende Ziele sollten in den Seminaren angegangen werden: "Das Aufgreifen und Bewußtmachen von Prozessen und Zusammenhängen, die die Übergänge des Teilsystems Familie in das gesellschaftliche Gesamtsystem markieren, ist eine wichtige Voraussetzung politischer Handlungskompetenz in einer Demokratie. Da dies bislang nicht Teil des üblichen Konzepts von Elternbildung war (2), scheint uns gerade die Möglichkeit einer Erprobung in einem Familienseminar die Chance zu bieten, u.a. auch Ergebnisse einer Multiplikatoren-Tagung des Bundesverbandes Neue Erziehung im September 1979

für dieses und das geplante Anschlußseminar fruchtbar zu machen.

Weiterhin bietet ein Familienseminar die Möglichkeit, Eltern- und Kinderarbeit anhand eines konkreten Themas zu verzahnen und so auch Anhaltspunkte für die Auswirkung politischer Partizipation der Eltern auf das Verhalten und die Einstellung der Kinder zu erhalten. Es wird wesentliche Aufgabe der wissenschaftlichen Begleitung und der Nachbereitung des Seminars sein, hier einen Beitrag zu leisten, obwohl Ergebnisse aus den USA (3) vermuten lassen, daß eine Reihe relevanter Einstellungen und Dispositionen schon in sehr frühen Lebensabschnitten ausgeformt werden. Dennoch wird das Seminar davon ausgehen, daß der Stellenwert der Arbeit mit Eltern und Kindern gleichrangig ist, wie ja auch im realen Familienleben die Interessenwahrnehmung durch Eltern und Kinder gemeinsam geschehen soll." (4)

Um diese Ziele zu erreichen, ist das Planspiel eine besonders geeignete Methode, weil es ermöglicht:

- das komplexe Zusammenspiel mehrerer Gruppen auf einer politischen und administrativen Ebene zu simulieren.
- die in der Wirklichkeit vorfindbaren komplizierten gesellschaftlichen Strukturen auf überschaubare, wesentliche Grundstrukturen zu reduzieren.
- Eltern und Kinder auf der Grundlage ihrer vorhandenen Fähigkeiten und ihres vorhandenen Wissens einzubeziehen.
- die Vorbereitung eines Seminars so zu gestalten, daß die tat-

- sächlichen Probleme der Teilnehmer auch tatsächlich Gegenstand des Seminars sind.
- neue Verhaltensweisen auszuprobieren, ohne gleich bei einem Mißerfolg Sanktionen befürchten zu müssen.
- Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu verstärken.
- Motivation zu schaffen, sich weiter zu informieren (oder, wenn man so will - sich zu bilden) und sich für seine Interessen auch einzusetzen.
- daß alle Teilnehmer Spaß daran haben und sie offensichtlich auch darüber motiviert werden, sich an weiteren Seminaren zu beteiligen.
- daß alle Teilnehmer sich aktiv und schöpferisch unter Einsatz ihres Wissens und ihrer Fähigkeiten an dem Seminar beteiligen können.

Zumindestens diese Erwartungen, an die Methode wurden, wie die Auswertung des Seminars zeigt, im Laufe der Maßnahme erfüllt. Allerdings ist einschränkend zu sagen, daß "Planspiel" diese Erwartungen nur erfüllen kann, wenn es um "planspielgerechte" Themen geht und wenn die Konzeption des Planspiels sich an den Grenzen der Methode orientiert. Daher zunächst einen Überblick über die Methode "Planspiel":

Definitorisches:

"Das Planspiel ist eine Methode, komplexe Systeme und komplizierte Prozesse, bei denen es auf menschliche Entscheidung und Handlungen ankommt, überschaubar zu machen, Folgen von Entscheidungen zu prüfen, Lösungen zu finden und Handlungsalternativen herauszuarbeiten." (5) Bei einem Planspiel geht es immer um Entscheidungen, die auf dem Hintergrund von real vorhandenen oder vorstellbaren Konflikten zwischen Gruppen, die unterschiedliche Interessen haben, getroffen werden müssen. Über ein Planspiel ist es möglich, diese Ketten von Entscheidungen, die aus unterschiedlichen Interessen und dem vorgegebenen Konflikt notwendig werden, miteinander zu verknüpfen, als Prozeß abzubilden und zu variieren. Das Rollenspiel stellt eine Vorform des Planspiels dar, unterscheidet sich aber vom Planspiel wesentlich dadurch, daß die Hauptinteraktionen zwischen Personen und nicht zwischen Gruppen oder/und Institutionen stattfinden. Es geht beim Rollenspiel in der Regel auch weniger um gesellschaftliche Konflikte - die im Hintergrund natürlich auch wichtig sein können -, sondern um persönliche Konflikte, wobei



"Konflikt" nicht unbedingt im Vordergrund stehen muß. Verschiedene Formen des Rollenspiels, wie z.B. das Soziodrama nach Moreno nähern sich dem Planspiel - insbesondere der Form des mündlichen Planspiels - weitgehend an. In den einzelnen Planspielgruppen können sich bei entsprechender Rollenidentifizierung auch rollenspielähnliche Situationen entwickeln, die auch im Zusammenhang mit dem Planspiel ausgewertet werden können.

Geschichte des Planspiels.

Der Ursprung des Planspiels ist etwa in der Zeit vor 3000 vor Christi zu finden (5). Das Planspiel wurde über Jahrtausende ausschließlich als ein Spiel zur Erprobung von Taktiken zum Erreichen strategischer Ziele im Rahmen militärischer Zwecke benutzt und hat unter dem Begriff "Sandkastenspiele" der Generalstäbe auch Eingang in das Volksbewußtsein gefunden.

Nach dem ersten Weltkrieg fand das Planspiel verstärkte Anwendung im Rahmen des Business-Management-Training, vor allem in den USA. Hier ging es vornehmlich um Fragen der Personalführung sowie um Werbungs- und Verkaufsstrategien. Diese Form des Planspiels ist auch heute noch bei der Schulung in entsprechenden Ausbildungsstätten verbreitet und wird weiter entwickelt.

Anfang der 50er Jahre interessierten sich in den USA Schulpädagogen für diese Methode und begannen, sie in den Unterricht einzubauen. Erst zu Beginn der 60er Jahre beschäftigten sich Soziologen und die außerschulische Pädagogik mit dem Planspiel, und es fand Eingang in die Erwachsenenbildung, hier insbesondere in die politische Bildung und in die Sozialarbeit. Eine der ersten Publikationen im deutschsprachigen Raum ist von

Dr. Max Rehm: "Das Planspiel als Bildungsmittel - Versuchsfeld und Führungswerkzeug", Heidelberg 1964, Verlag Quelle und Mayer.

Auszüge davon wurden in den "Blättern der Wohlfahrtspflege" 1964 abgedruckt. Das Bekanntwerden der Planspiele im Bereich Bildung und Sozialarbeit wurde durch den Artikel von C. Wolfgang Müller: "Entscheidungsspiele in der Jugendarbeit", in "Deutsche Jugend" 3/68 markiert. Von nun an wurden Planspiele in ihren verschiedensten Formen im Rahmen der Jugendbildung, der Erwachsenenbildung, der Sozialarbeit, der Schulpädagogik immer häufiger angewandt. Durch die Einschaltung der Computertechnik ist es inzwischen möglich, auch umfangreiche und komplizierte Vorhaben zunächst im Planspiel zu erproben, z.B. Strukturentwicklungspläne im Rahmen der Entwicklungshilfe.

Formen des Planspiels.

Im wesentlichen gibt es zwei Formen, die sich vor allem unterscheiden durch die Zeitabläufe, die im Spiel simuliert werden. Im Projekt-/Aktionsplanspiel findet die Spielhandlung in der Realzeit statt. Zeitraffende Spielelemente gibt es nur außerhalb der eigentlichen Spielhandlung. Solche Planspiele werden häufig in der Kinderarbeit und der Jugendbildung eingesetzt. Dabei geht es oft um die Simulation von Arbeitsprozessen oder gesellschaftlichen Prozessen, wobei die damit verbundenen Handlungen nicht wie im formalisierten Planspiel in Absichtserklärungen bestehen, sondern tatsächlich durchgeführt werden. In einem bekannt gewordenen Planspiel haben Kinder für einige Stunden im Akkord Ablagekörbchen angefertigt und sind dafür auch tatsächlich entlohnt worden, um sie so auf die Ar-

beitsbedingungen vorzubereiten, die sie nach ihrer Schulentlassung vorfinden werden, und um sie zu befähigen, sich mit diesen Bedingungen auseinanderzusetzen. Dabei konnten Zeitabläufe, die über die tatsächlich vorhandene Zeit hinausgingen, nicht simuliert werden, da sich ja jede Handlung, jedes Gespräch, jede Aktion in der realen Zeit abspielt. Bei der Auswertung stellt sich auch hier ein wesentliches Problem der Methode "Planspiel" dar. Zwar hatten die Kinder eine Menge im Rahmen der Spielrealität über die Bedingungen der Produktion gelernt, allerdings gelang es ihnen nur zum Teil, "gesammelte Erfahrungen auf spätere reale Konfliktsituationen im Arbeitsbereich zu transferieren". (7)

Beim formalisierten Planspiel können längere Zeitabläufe simuliert werden - Tage, Wochen, Monate, beim EDV-Planspiel sogar Jahre - in einer Realzeit von Stunden.

EDV-Planspiele erfordern einen so hohen personellen und finanziellen Aufwand, daß sie im Bereich der Bildung kaum eingesetzt werden.

Das mündliche Planspiel versucht, Nachteile des schriftlichen Spiels zu vermeiden und Vorteile wie die Auswertbarkeit und die Überbrückung längerer Zeiträume zu erhalten, beinhaltet aber die Gefahr des totalen Chaos, da alle Teilnehmer in einem Raum sind, und macht es sehr schwierig, komplexe soziale und politische Zusammenhänge überschaubar darzustellen. Eine Beschreibung und Auswertung eines mündlichen Planspiels kann man bei "Peltner, Ingeburg: "Das mündliche Planspiel", aus: Deutsche Jugend, 10/73, Seite 161, finden.

Bei den Modellseminaren wurde das schriftliche Planspiel gewählt, weil

- es in der Simulation große Zeiträume überbrücken kann

- weil es komplexe Zusammenhänge überschaubar darstellt
- weil es umfassend dokumentiert und ausgewertet werden kann.

Die Grundstrukturen des schriftlichen Planspiels sind:

1. Zu Spielbeginn - nicht unbedingt zu Seminarbeginn - liegen schriftliche Ausgangssituationen, Spielauflöser und Rollenbeschreibung vor.
2. Das Spiel wird in Form von Spielzügen schriftlich zwischen den Spielgruppen ausgetragen. Dieser schriftliche Kontakt soll wegen der Auswertbarkeit der einzige Kontakt zwischen den Spielgegnern bleiben.
3. Spielzüge sind keine tatsächlichen Aktionen, sondern Absichtserklärungen.
4. Der gesamte Spielablauf geht über die Spielleitung, die - hier setzt sich wohl noch die militärische Tradition durch - vielfältige Einflußmöglichkeiten auf das Spielgeschehen hat.
5. Erst in der Auswertung kann die Spielleitung kritisiert werden und den Teilnehmern die Gesamtstruktur sichtbar gemacht werden.



was, schreiben auch noch 3 sch den, das ist Urlaub!

Was kann man mit einem Planspiel - besonders mit einem schriftlichen - erreichen?

Grundlage eines Planspiels ist der Konflikt zwischen zwei oder mehr Hauptkontrahenten. Ein Planspiel ist auch nur dann wirklich spielbar, wenn der Konflikt ein so grundsätzlicher ist, daß er nur so gelöst oder bearbeitet werden kann, wenn es zu einer Verschiebung oder Umverteilung von Macht und Mitteln kommt. In dem von den Familienbildungsseminaren berührten Raum geht es dabei immer um mehr Einflußnahme der Bürger gegenüber der Verwaltung und den politischen Gremien, um mehr Einfluß, mehr Macht und z.T. um die Neuverteilung strukturell bereits verteilter Gelder. Deutlich wird dies beim Planspiel um den Spielplatz. Dabei sollten und konnten kommunale Gelder umverteilt werden, indem die betroffenen Eltern einen entsprechenden politischen Druck ausübten und Politiker und Verwaltung zu einer Umverteilung bewegen konnten.

Planspiele lohnen sich also nur dann, wenn wenigstens Verteilungsprobleme bestehen bzw. entstehen. Dies bedeutet im Extremfall die Aufhebung oder im Normalfall doch die Verschiebung von Machtpositionen, die die Entwicklung von Interessen blockieren. Es geht hierbei nicht um das Üben von Scheinmitbestimmung innerhalb der von den Machtträgern gesteckten Grenzen. Diese Grenzen machen eine wirkliche Verschiebung der Mittel und der Macht nicht möglich, wie dies z.B. beim Planspiel um das Schulmitwirkungsgesetz deutlich wurde.

In diesem Planspiel ist es auch nicht gelungen, die Möglichkeit der Überschreitung der Grenzen des Schulmitwirkungsgesetzes deutlich zu machen, weil den Teilnehmern nicht klar war, wo diese

Grenzen lagen und das Team sich selbst dieses Problem nicht ausreichend klar gemacht hat, um an dieser Stelle innovativ tätig zu werden. Um die Neuverteilung von Einfluß wäre es in diesem Planspiel nur dann gegangen, wenn bei der Vorbereitung zum Planspiel und bei der Erarbeitung von Spielvorlagen die Möglichkeit einer, die Grenzen des Schulmitwirkungsgesetzes überschreitenden Aktivität, angelegt worden wäre - da innerhalb dieser Grenze nichts mehr an Macht und Einfluß aufzuteilen ist, sondern das Gesetz die bestehenden Verhältnisse stützt und absichert.

Schon hier läßt sich erkennen, daß Planspiel keine "neutrale" Methode ist, sondern weitgehend parteilich eingesetzt werden kann. Es - oder besser seine Autoren und die Spielleitung - unterstützen die Chancen eines der beiden Hauptkontrahenten. Ob und wie weit dies gelingt, liegt zu einem großen Teil an der Vorbereitung.

Es ist entscheidend, welche Konflikte und welche Sichtweisen davon gewählt werden. Wie die Spielräume bei der Rollenbeschreibung definiert werden. Nur wenn der Autor bewußt oder unbewußt von der Möglichkeit der Veränderung und der Neuverteilung von Gütern und von (politischer) Macht als einer möglichen, vielleicht sogar wünschenswerten Vorstellung ausgeht, wird er darauf achten, daß diese Möglichkeit im Planspiel auch tatsächlich angelegt ist und sich in den Papieren wiederfindet. Auch die Spielleitung wird sich dementsprechend bei ihren Interventionen verhalten. Parteilichkeit soll also ein bewußtes Faktum - für alle Mitspielenden - sein. Dazu gehört die Auswahl von Konfliktparteien. Natürlich ist dieser Parteilichkeit nicht Tür und Tor geöffnet. Die Mitspieler haben letztendlich die Entscheidung, wie die Konfliktbeschreibung angewandt

wird und ob sie sich darin wiederfinden. Sie beeinflussen den Ablauf des Spiels, sie kritisieren und erleben - wieder zu Hause angekommen - die Realität des Planspiels und die Abweichungen davon.

Der einzige verlässliche Prüfstein ist die Anwendbarkeit des Planspiels, d.h.: Haben die Teilnehmer bei dem Planspiel soviel Wissen und Motivation mitgenommen, um ihre Realität, ihr tägliches Leben zu verändern. Dies muß aber nicht heißen, daß im Planspiel die "vorgefundene Realität" dem Spielablauf spiegelbildlich entspricht. Wichtig ist, ob die Teilnehmer in ihrem Leben eine Umverteilung von Macht und Mitteln zu ihren Gunsten bewerkstelligen können - durch die im und durch das Planspiel erworbenen Kenntnisse. Für dieses Ziel kann Planspiel die Chancen für die benachteiligte Partei verbessern. So sollte Parteilichkeit im Planspiel genutzt werden. Insoweit kann also Planspiel, wenn diese wesentlichen Punkte berücksichtigt werden, eine realistische Vorbereitung auf eine politische Praxis - im Sinne des Eintretens für eigene und gemeinsame Interessen - sein.

Nicht immer, und wohl auch nicht als Ergebnis der beiden Familienbildungsseminare, führt Planspiel direkt zu einer politischen Aktion.

Es wäre sicher auch etwas hochgestapelt, wenn überhaupt angenommen würde, daß ein - und sei es auch noch so gut durchgeführtes - Familienbildungsseminar in zwei Wochen in der Lage wäre, all das, was die Teilnehmer bisher nicht zu solchen Aktivitäten kommen ließ, auszuschalten. Das kann wohl nur geschehen, wenn Bildungsseminare und Planspiel eingebunden sind in ein Projekt.

Aber davon mehr in der Auswertung.

Was aber Planspiel erreichen kann - und bei den Familienbildungsseminaren auch erreicht hat, ist:

- intensive und tragfähige Kontakte zwischen Teilnehmern herstellen, die auf dem Hintergrund der gemeinsamen Planspielerfahrung die Basis für gemeinsame Aktionen darstellen können, und die in den gemeinsamen intensiven Erlebnissen und Auseinandersetzungen wurzeln.
- Ohnmachtsgefühle gegenüber denen "da oben" beseitigen oder doch beeinträchtigen. Grundlage ist dabei die im Planspiel gewonnene sinnliche Erfahrung, daß Handlungen der Verwaltung und politischer Gremien nicht undurchschaubar sind, sondern durch die Teilnehmer in ihrem Sinne beeinflusst werden können.
- Interesse und Motivation wecken für Bildung und Weiterbildung, weil über ein Planspiel erfahrbar wird, daß es möglich und sinnvoll sein kann, sich mit politischen und gesellschaftlichen Fragen, ausgehend von den eigenen Interessen und Veränderungswünschen auseinanderzusetzen.

In der traditionellen Familienbildung, bei der in der Regel das Innenverhältnis der Familie im Mittelpunkt steht, können solche Ergebnisse schon vom Thema her kaum erreicht werden.



Bei der noch weithin üblichen Bildungsform, dem Vortrag, kann bei einem solchen Personenkreis, wie er auf den beiden Seminaren war, ein ähnliches Ergebnis kaum zustande kommen, denn im Gegensatz zum Vortrag ermöglicht es das Planspiel:

- daß alle Teilnehmer ihren Wissensstand einbringen und direkt Vorbereitung und Durchführung beeinflussen.
- daß sich alle Teilnehmer aktiv und kreativ an der Veranstaltung beteiligen.
- daß alle Teilnehmer nicht nur ihren Intellekt strapazieren, sondern über ihre emotionale Beteiligung mit ihrer ganzen Persönlichkeit teilnehmen - und so aktiver Bestandteil des Geschehens werden.
- daß der Lerneffekt auch dadurch gefördert wird, daß ein Planspiel einfach Spaß macht - wobei die emotionale Lust am Mitspielen deutlich wächst, wenn die Mitspieler begreifen (reflektiert oder emotional), daß es tatsächlich um wichtige Veränderungen geht.
- daß die Kinder, bei einer entsprechenden Berücksichtigung ihrer von den Erwachsenen abweichenden Interessen- und Ausdrucksmöglichkeiten, in das Planspiel einbezogen werden können

Wie entwickelt man ein Planspiel?

Es fängt natürlich mit den Interessen und Motivationen der Teilnehmer an. Nur wenn diese sich auf ein Thema einigen können, das spielbar ist und das vor allen Dingen ihr Konflikt ist, der mit ihrer persönlichen Realität verbunden ist, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit ein erfolgreiches Planspiel entstehen. Das möglicherweise vorhandene Wissen des Planspiel-Teams über die Hintergründe eines Konflikts darf nicht dazu führen, daß über gutgemeinte Erklärungen



die Zielgruppe den Konflikt mit den Augen des Teams sieht. Wichtig ist, daß die Zielgruppe zunächst den Konflikt so definiert und eingrenzt, d.h. auch vorläufig die mitspielenden Gruppen benennt, wie aus ihrer Sicht her der Konflikt aussieht. Man sollte sich dabei Zeit lassen und über diese entscheidenden Fragen, die zum Teil in die Datenerhebung hineinreichen, ausreichend sprechen. Nur wenn die Zielgruppe davon überzeugt ist, daß der Konflikt von ihrer Seite her beleuchtet wird, wird auch eine hinreichende Motivation haben, die manchmal mühsame und frustrierende Datenerhebung durchzuführen oder dabei zu helfen. Dabei verändert sich häufig die Einschätzung des Konfliktes. Der Bewußtseinsprozeß beginnt schon hier.

Ein Planspiel ist nur spielbar, wenn der Interessengegensatz zwischen zwei Gruppen während des Spiels sehr deutlich und in der Regel nicht aufzuheben ist. Dies allerdings muß der Berater der Zielgruppe verdeutlichen, weil sonst die Zielgruppe möglicherweise zu Entscheidungen kommt, die das Planspiel nicht spielbar macht. In dieser Phase muß somit:

- der dem Spiel zugrundeliegende Konflikt bestimmt werden,
- die Situation in der das Spiel beginnt bzw. stattfinden soll, bestimmt werden (Ausgangssituation).
- Die an dem Konflikt beteiligten Institutionen und Gruppen benannt werden.

Eine Vorauswahl der mitspielenden Gruppen ist auch schon möglich. Auf dieser Grundlage sollte eine erste Skizze der Konfliktstruktur entworfen werden.

Planspielregel von ca. 3000 v. Chr.

Datensammlung.

Um mit einem Problem und mit seinen möglichen Entwicklungen umgehen zu können, sind für die Spielenden möglichst vollständige Informationen notwendig. Da Planspiele auf dem realen gesellschaftlichen Hintergrund spielen, ist es für die beteiligten Gruppen erforderlich, sich die nötigen Informationen zu erarbeiten. Dazu gehören entsprechende Rechtskenntnisse, Analysen von Institutionen, Aufklärung über geschichtliche und wirtschaftliche Hintergründe, die Informationen über Meinungen, Absichten und Pläne sowie eine Einschätzung der Reaktionsmöglichkeiten der beteiligten Institutionen.

Da diese differenzierten Kenntnisse in der Regel bei den Teilnehmern eines Planspiels nicht vorausgesetzt werden können, müssen sie entweder - bei einem abgekürzten Vorgang - von den Prozeßberatern geliefert werden oder, und dies ist sicher ungleich besser - von den Teilnehmern selbst beschafft werden. Es ist sinnvoll, daß die jeweilige Spielgruppe, soweit sie zu diesem Zeitpunkt schon gebildet werden konnte, sich die Informationen für ihre Spielgruppe möglichst selbst beschafft. Es sollten alle zugänglichen Methoden der Informationsgewinnung verwandt werden. Dazu gehört:

- Studium von Gesetzen, Urteilen und Kommentaren
- die Aufarbeitung der bisherigen Ergebnisse und Verhaltensweisen mit dem gewählten Konfliktfeld
- Informationen über Meinung und Einschätzungen der in der Realität an diesem Konflikt beteiligten Gruppen.
- Informationen über den Ablauf solcher Konflikte an anderen Orten. Bei den beiden in dieser Schrift dokumentierten Planspielen wurden diese Informa-

tionen durch das Team beschafft und aufbereitet. Die Vorgaben in den Planspielen entsprechen den tatsächlichen Verhältnissen in Bergheim so präzise, wie es möglich war, solche Informationen zu beschaffen. Die Probleme wurden von den Teilnehmern formuliert. In zwei Vorbereitungssitzungen mit einem großen Teil der Seminarteilnehmer wurden die Informationen durch sie überprüft, korrigiert und eine Endfassung, die nochmal auf den Seminaren vor der eigentlichen Planspielphase aktualisiert wurde, hergestellt.

Während des Planspiels kann ein Teil der Datensammlung durch die Anwesenheit von Experten zu bestimmten Themenbereichen, die für alle Mitspieler und der Spielleitung zur Verfügung stehen, ersetzt werden. Diese Möglichkeit wurde beim zweiten Planspiel durch die Anwesenheit einer Lehrerin wahrgenommen. Wie sich bald herausstellte, konnten ihre lebensnahen Informationen aus dem Schulalltag nicht durch nüchterne "papierene" Daten ersetzt werden.

Ausgangssituation.

Die Ausgangssituation gibt den Hintergrund des Planspiels ab. Sie sollte alle wichtigen Informationen enthalten, die für die ausführliche Kenntnis des Konflikts und des Konflikthintergrundes notwendig sind. Dazu gehört u.a.:

- die Personen, Institutionen und Gruppen, die für den Konflikt wichtig sind. Sie sollten in der Ausgangssituation auch beschrieben werden, soweit dies nicht im Rahmen der Rollenbeschreibung einzelner Gruppen geschieht.
- der Ort und der Zeitpunkt des Konfliktes
- die Geschichte des Konfliktes.

Der Spielauslöser.

Der Spielauslöser ist Teil der Ausgangssituation und dient dazu, den Spielbeginn und die Situation zu Beginn zu Spiels zu markieren. Es ist nicht notwendig, daß er sofort im Anschluß an die Ausgangssituation fertiggestellt wird, sondern es ist sinnvoll, ihn zu Beginn des Spieles der aktuellen Situation anzupassen.

Als Spielauslöser kann dienen:

- eine wichtige Entscheidung einer oder mehrerer am Spiel beteiligter Gruppen oder Personen.
- eine Aktion einer oder mehrerer am Spiel beteiligter Gruppen oder Institutionen.
- ein von der Spielleitung im Sinne eines Spielschrittes simulierter Spielauslöser, z. B. in Form eines Presseartikels oder eines wichtigen Ereignisses.

Ein Spielauslöser kann auch darin bestehen, daß die Spielleitung zu Beginn des Spieles einen oder mehreren Spielvorgängen einen bestimmten Spielzug vorschreibt. Der Spielauslöser muß so beschaffen sein, daß er allen oder auch mehreren Gruppen einen Anreiz gibt, ins Spiel einzusteigen - sich am Spiel zu beteiligen. Er muß Betroffenheit herstellen.

Am besten eignet sich natürlich dazu ein tatsächlich stattgefundenes Ereignis in Zusammenhang mit dem von den Teilnehmern gewählten Konflikt.

Rollenbeschreibung.

Rollenbeschreibungen sollen so angelegt sein, daß die Spieler der jeweiligen Gruppe sich mit dieser Beschreibung identifizieren können und sich in der Lage sehen, nach solchen Beschreibungen im Planspiel zu agieren.

Dazu können folgende Punkte im Rahmen einer Rollenbeschreibung beitragen:

- Darstellung der beteiligten Personen und ihrer Funktion in der simulierten Institution oder Gruppe.
- Rechtliche Grundlagen, die den Hintergrund für die Tätigkeit der Gruppe bilden und die die Spielgruppe in ihren Handlungen beeinflussen.
- Ziele der simulierten Gruppe
- Abhängigkeiten der Gruppe und ihre gesamte Einbindung in das in diesem Spiel angesprochene wirtschaftliche und soziale System.
- Methode des Umgangs mit Konflikten
- Mögliche Methoden und Zielkorrekturen unter bestimmten Gesichtspunkten - besonders solche, die in die Zukunft weisen.
- Meinungen, Urteile und Vorurteile der sozialen Umwelt und andere möglicherweise im Planspiel simulierte Gruppen.

Auf dem Hintergrund der Datensammlung und Datenanalyse können solche Rollenbeschreibungen be-

sonders realistisch dadurch hervorgehoben werden, wenn man ihnen Material beifügt, das im Rahmen des tatsächlich vorhandenen Konfliktes hergestellt wurde, wie z.B. Flugblätter, Veröffentlichungen, Filme, Interviews usw.

Zu den Planspielregeln.

Alle Spielzüge werden schriftlich und über die Spielleitung abgewickelt. Eine andere Kommunikationsform, z.B. eine Besprechung, ist nur unter besonderen Umständen möglich. Die Entscheidungen der Spielleitung sind bindend. Sie entstehen auf dem Hintergrund einer Verlaufsauswertung nach den Kriterien: Realitätsnähe, Intensität, Spielentwicklung. Umfassende Kritik der Spielleitung ist erst nach dem Spiel möglich.

Wird das Planspiel von einem professionellen Team angeleitet, wie z.B. im Rahmen der Bildungsseminare, ist es wichtig und sinnvoll, daß Teilnehmer in der Spielleitung sitzen, die ihrerseits die Spielleitung in Fragen der Realitätsnähe beraten, aber auch das Mißtrauen der anderen Teilnehmer, von der Spielleitung evtl. willkürlich manipuliert werden, ein Stück abbauen können.

Strategie im Planspiel.

Bevor die Spielleitung den ersten Spielzug entgegennimmt, haben die Gruppen in der Regel - je nach Problemlage - etwa 30 - 60 Minuten Zeit, sich eine Taktik und Strategie zurechtzulegen. Diese sollte schriftlich dargestellt werden und bei der Spielleitung hinterlegt werden, so daß sie bei der Auswertung mit hinzugezogen werden kann.

Insbesondere sollten sich die Gruppen folgende Fragen beantworten:

1. Welche Ziele - unter Umständen in welcher Reihenfolge - streben sie im Planspiel an?
2. Wo sehen sie ihre wesentlichen Gegner und warum?
3. Wo sehen sie ihre wesentlichen Verbündeten - und warum?
4. In welcher Weise werden sie versuchen, die angestrebten Ziele zu erreichen (Taktiken)?

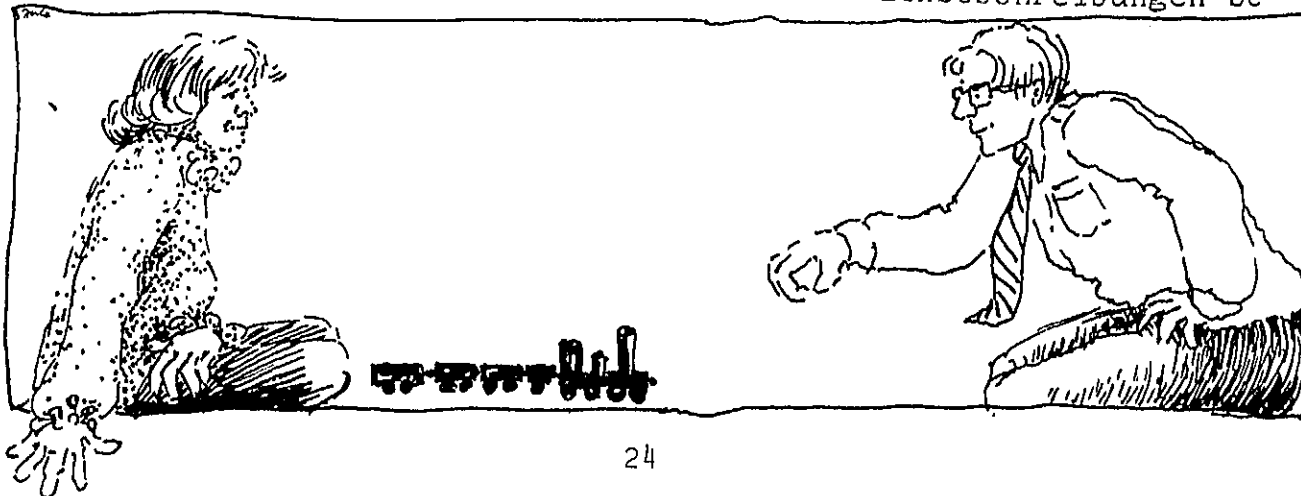
Auswertung des Planspiels.

Eine Planspielauswertung besteht immer aus zwei Teilen. Aus der Möglichkeit, die im Planspiel entwickelten Emotionen noch einmal auszuleben und Spannungen abzubauen, die u. a. auch durch Rollenüberidentifizierung zwischen Gruppen entstanden sein können. Dazu sollte man möglichst sofort nach dem Planspiel ausreichend Zeit einplanen. Später kommt es dann zu einer differenzierten Auswertung der einzelnen Spielschritte, der Planung und Strategie der Spielgruppen.

Erster Auswertungsschritt der Spielgruppen.

Als letzter Spielschritt sollte von der Spielleitung den Gruppen ein Fragebogen gegeben werden, der wenigstens folgende Fragen enthält:

1. Habt Ihr die Ziele, die Ihr in dem Spiel erreichen wolltet, erreicht?
2. Welches waren Eure wichtigsten Spielentscheidungen?
3. Von welchen Spielentscheidungen anderer Gruppen (einschl. der Spielleitung) wurdet Ihr besonders betroffen?
4. Welche Gruppen haben Euch besonders unterstützt?
5. Welche Gruppen haben gegen Euch gearbeitet?
6. Welche eigenen Spielzüge und welche Spielzüge anderer Gruppen haltet ihr für unrealistisch - und warum.



Auswertung im Plenum.

Zu Beginn berichtet die Spielleitung über den formalen Spielablauf, wie z.B. die Kommunikationsdichte und nutzt nach Möglichkeit diese Zeit, um das Gespräch in Gang zu bringen und noch vorhandene Spannungen zwischen Einzelpersonen und Gruppen mit einfließen zu lassen.

Dann berichten zunächst die einzelnen Spielgruppen. Es ist sinnvoll, zunächst eine der Gruppen berichten zu lassen, die im Mittelpunkt des Spieles standen. Dabei sollte möglichst schon hier ein Gespräch mit den anderen Gruppen entstehen und eine Transparenz des Planspiels hergestellt wird, in dem auch wichtige Spielzüge verlesen werden bzw. Spielverläufe erklärt werden. Denn nicht alle Spielgruppen sind ja über alle Phasen des Spiels informiert.

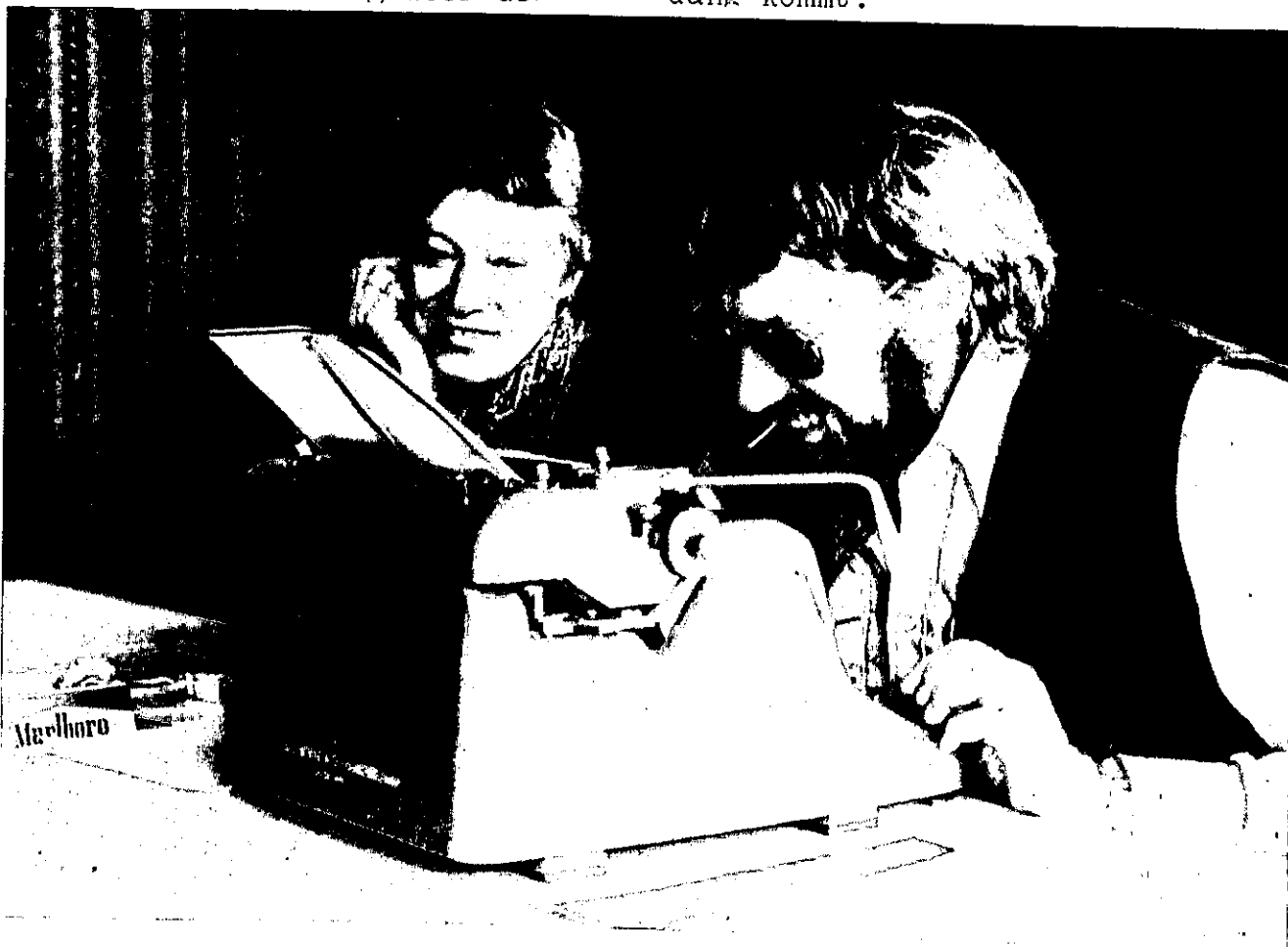
Zum Abschluß dieser Phase berichtet die Spielleitung über den

Spielverlauf aus ihrer Sicht und rollt noch einmal an einzelnen Punkten wichtige Phasen des Spiels auf.

Besonderes Gewicht legt die Spielleitung darauf, zu überprüfen inwieweit das Spiel der Realität entsprach. Dabei kann es nützlich sein, auf Dokumente zu verweisen, die vergleichbare Situationen in der Realität belegen.

Folgerungen aus dem Planspiel.

Das Planspiel bliebe unvollständig, wenn die Teilnehmer des Planspiels nicht daran gehen würden, für die Situation, die sie wieder zu Hause vorfinden, Verhaltensweisen abzuleiten. Wenn genügend Zeit zur Verfügung steht, sollten solche Erkenntnisse und Vorstellungen durch ein weiteres Planspiel noch einmal überprüft werden, bevor es zu einer praktischen Anwendung kommt.



Was man beim Planspiel noch beachten sollte!

Bisher ging es im Wesentlichen um die Vorteile eines Planspiels im Rahmen von Familienbildungsseminaren - wie sie hier als Modellmaßnahmen durchgeführt wurden. Aber natürlich führt jeder Versuch, die Wirklichkeit abzubilden, zu Abweichungen von der Realität. Abweichungen, die z.T. auch durch die Verfahren bedingt sind. Man sollte die Nachteile auch eines Planspiels und die Abweichungen kennen, die sie hervorrufen können, um sie bewußt in die Durchführung und vor allen Dingen in die Auswertung des Planspiels einzubeziehen. Die Verzerrungen werden dann für alle Teilnehmer durchschaubar und können bei der Übertragung auf die Wirklichkeit berücksichtigt werden. Ein wesentliches Problem liegt in der Strukturierung der Kommunikation.

Das schriftliche Planspiel formalisiert die Kommunikationsprozesse zwischen den beteiligten Spielgruppen in einem hohen Maße. Die Spielgruppen sitzen in unterschiedlichen Räumen, sie kommunizieren in der Regel nicht direkt miteinander, sondern über die Spielleitung und beinahe ausschließlich schriftlich. Sie erfahren nicht, was in anderen Spielgruppen geschieht, wenn sie keinen direkten Kontakt miteinander haben und die Entscheidungen des Schiedsrichters und der Spielleitung sind für sie häufig nicht einsehbar. Allerdings liegt auch ein Vorteil des schriftlichen Planspiels darin. Jeder einzelne Spielschritt ist, da er schriftlich erfolgt, später auswertbar. Die Gruppen stören sich gegenseitig nicht, sondern entwickeln ihre Entscheidungsprozesse selbständig. Jeder Teilnehmer ist in der Regel am Spiel beteiligt. Ein wesentliches Problem dieser

formalisierten Kommunikation stellt die Zeitlinie dar. Bei Planspielen nach der Projektmethode findet alles real in der gleichen Zeitebene statt und etwaige zeitraffende Elemente können von allen Teilnehmern übersehen werden. Diese Übersichtlichkeit gilt auch für das mündliche Planspiel. Beim schriftlichen Planspiel entwickelt sich während der ersten Phase des Planspiels aus den Aktionen der Spielgruppen eine Zeitlinie. Spielschritte können Wochen, Monate und Jahre in wenigen Minuten überbrücken. Wichtig dabei - und manchmal schwierig - ist, daß sich alle Gruppen auf eine bestimmte Zeitebene einigen. Häufig ist es Funktion der Spielleitung oder einer geeigneten Spielgruppe, für die Vermittlung dieser Zeitebene zu sorgen. Die Eigenschaft des schriftlichen Planspiels, in einer verhältnismäßig kurzen realen Zeit langfristige Abläufe zu simulieren, macht das Darstellen komplexer gesellschaftlicher und institutioneller Vorgänge über längere Phasen aber auch erst möglich.

Ein Zusammenbruch der Zeitlinie droht immer dann, wenn die Grundregel des Planspiels, nämlich die schriftliche Kommunikation, aufgegeben wird zugunsten eines tatsächlichen Zusammentreffens einiger Spielgruppen. Was dann geschieht, findet in der realen Zeit statt, während möglicherweise andere Spielgruppen noch in der Spielzeit arbeiten. Dies führt beinahe immer zu einer Verschiebung der Zeitebene. Die Spielleitung muß auf dieses Problem besonders achten. Sie muß sich allerdings auch davor hüten, nur aus Gründen des Spielflusses notwendige Gespräche zwischen den Gruppen zu verhindern.

Fast alle Teilnehmer, die zum ersten Mal ein Planspiel mitspielen, haben Angst, etwas nicht richtig formulieren zu können.

Diese Angst kann durch Beigabe eines Sekretärs oder eines Beraters - der sich allerdings davor hüten muß, seine Meinung zur Gruppenmeinung zu machen-, verringert werden.

tung beeinflusst, die strategische Ziele anstreben. Für die Spielleitung ist es unbedingt erforderlich zu erkennen, wann ein strategischer Punkt erreicht worden ist, wobei es nicht notwendig

Wesentlich schwieriger ist allerdings, daß schriftliche Äußerungen zwar typisch für bürokratische Vorgänge sind, aber weitgehend untypisch für das Ablaufen sozialer Prozesse. Dies schränkt Spontaneität und die Möglichkeit einer direkten und schnellen Solidarisierung weitgehend ein (8). Verstärkt hinzu kommt noch die Isolierung der Spielgruppen voneinander. Spielzüge sind immer nur Absichtserklärungen. D.h., die Spielteilnehmer haben in der Realität nicht für ihre Absichten einzustehen. Dies führt dazu, daß das Planspiel zwar Trends, und zwar durchaus reale Trends aufzeigt, diese aber auch häufig überbetont. Das muß in der Auswertung beachtet werden. Der Vorteil der Vereinfachung beim Planspiel, der in der Beschränkung auf wenige Spielgruppen besteht, hat allerdings auch einen Nachteil. Weil bei einem schriftlichen Planspiel wegen der Übersichtlichkeit kaum mehr als 6 bis 8 Spielgruppen mitspielen können, führt diese Vereinfachung natürlich auch zu einer gewissen Verzerrung.

Es müssen hier, noch stärker als bei der Projektmethode, die wesentlichen Gruppen für den zu spielenden Konflikt bei der Vorbereitung herausgearbeitet werden, damit der Konflikt sinnvoll typisiert wird.

In allen Planspielen wird in einer vorgegebenen oder einer selbst entwickelten Rollenbeschreibung und einer vorgegebenen Konfliktsituation eine Taktik entwickelt und durchgeführt und ggf. von anderen Gruppen und der Spiellei-



ist, daß dieser strategische Punkt mit den Zielen einzelner Spielgruppen übereinstimmen muß. Einen solchen strategischen Punkt erkennt man daran, daß die Konflikte und/oder Machtverhältnisse sich qualitativ verändern.

Dann muß das Spiel unterbrochen werden und kann ggf. nach einer Zwischenauswertung mit neuer Rollenbeschreibung und einer neuen Ausgangssituation, die der letzten Spielsituation entspricht, weitergeführt werden.



Beim schriftlichen Planspiel ist die Auswertungsphase von besonderer Bedeutung, da nur über eine umfangreiche Auswertung alle Spielteilnehmer über das Informiert werden können, was im Spiel geschehen ist.

Nur darüber kann die Spielleitung und ihre Rolle in der richtigen Weise eingeschätzt und kritisiert werden. Hinzu kommt, wie bei allen Seminaren, es natürlich darauf an, das Ergebnis festzuhalten und in die Praxis umzusetzen.

Literaturhinweise:

1. Aus: Antrag der Arbeiterwohlfahrt an das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit; Bonn, den 10.09.79, S. 1
2. s. Vorwort zu "Elternbildung als Aufgabe politischer Bildung", B. Claussen, Hg. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1979 zitiert nach: Antrag der Arbeiterwohlfahrt....
3. s. vor allem Literaturangaben in A. Holtmann, Hg.: Das sozialwissenschaftliche Curriculum in der Schule, UTB Nr. 48, Opladen 1972 zitiert nach: Antrag der Arbeiterwohlfahrt
4. Aus: Antrag der Arbeiterwohlfahrt ... S. 2
5. Reimann, Hans Leo: Simulierte Realität; Sonderdruck aus Erwachsenenbildung 2/71,
6. Taylor, J.L. & Walford: Simulation in the Classroom; Pinguin Papers - in Education Harmondsworth 1972, S. 20
7. Lüers, U.: Wissenschaft als Maßstab politischer Bildung; in: Lüers u.a.: Selbsterfahrung und Klassenlage; München 1971, S. 163
8. s. auch: Marzahn, Christian: Kampf um ein Jugendwohnkollektiv; Materialien für Jugend- und Sozialarbeit Nr.3 Victor-Gollancz-Stiftung, Frankfurt a.M., 1972

Beschreibung und Auswertung des Planspiels "Eltern für bessere Spielplätze" (1. Seminar)

Inhaltsübersicht:

1. Ausgangslage
2. Rollenbeschreibung
 - Elterninitiative
 - Stadtverwaltung
 - Sport- und Kulturausschuß
 - andere Bewohner des Gebietes um den Spielplatz
 - Presse
3. Spielauslöser
4. Auswertung
 - Konfliktstruktur
 - Interaktionstabelle
 - Analyse
 - qualitative Auswertung
 - Konfliktstruktur bei Spielende

1. Ausgangslage

In einer Stadt, die die typische Struktur nach der kommunalen Neugliederung zeigt, setzen sich Eltern für einen kindgerechten und besser ausgestatteten Spielplatz ein. Die Stadt besteht aus etwa 12 Dörfern mit einem städtischen Kern und hat insgesamt ca. 50 000 Einwohner. Es ist eine schnell wachsende Zuzugsgemeinde. Die Leute, die hinzuziehen, kommen vorwiegend aus intellektuellen und Verwaltungsberufen, weniger aus Facharbeiter- und Arbeiterberufen. Es gibt eine nicht unerhebliche Spannung zwischen den Altbürgern, die in der Regel kleine Gewerbe betreiben und Arbeiter beim größten Arbeitgeber der Umgebung, der Rheinbraun, sind. Die Spielplätze in einem Neubaugebiet sehen so aus, wie Wohnungsbau-gesellschaften in der Regel Spielplätze bauen, zu denen sie

nach dem Gesetz verpflichtet sind. Eine Sandkiste, ein trostloses zusammengeschweißtes Klettergerüst. Beides wird, außer von Hunden, kaum genutzt. Auch die Eltern erleben diesen Zustand als trostlos. Eine Gruppe von Eltern, die in der Umgebung eines solchen Spielplatzes wohnt, hat sich zusammengetan, um diesen Zustand zu ändern und entschieden, alle Initiativen zu ergreifen, die dazu notwendig werden können.

Zuständigkeitsfragen:

Nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz ist das Jugendamt für Spielplatzfragen zuständig. Die Stadt selbst hat kein Jugendamt, sondern das Jugendamt ist beim Kreis angesiedelt. Der zum Jugendamt gehörende Kreisjugendpfleger ist als Fachkraft direkt für solche Fragen zuständig. Er wird als etwas schwierig im Umgang mit Bürgern geschildert, ist aber grundsätzlich bereit, solchen Anliegen entgegenzukommen. Allerdings ist er total überlastet und wird sich nur um solche Sachen kümmern können, die in Übereinstimmung mit den politischen Prioritäten der Mitglieder des Kreisjugendwohlfahrtsausschusses stehen. Der Kreisjugendwohlfahrtsausschuß ist mehrheitlich von CDU und FDP, die in allen wichtigen Fragen zusammen abstimmen, besetzt. Der zuständige Dezernent des Kreises gilt als ein guter Fachmann mit erheblichem politischem Gewicht und hat großen Einfluß auf die Entscheidungen des Kreisjugendwohlfahrtsausschusses.

Aber auch die Stadt selbst kümmert sich um Fragen der Jugendpflege und der Jugendhilfe. In der Stadt ist der Sport- und Kulturausschuß des Rates damit befaßt. Im Sport- und Kulturausschuß gibt es eine SPD-Mehrheit. In diesem Ausschuß kann auch die Frage des Spielplatzes beraten werden. Wie immer haben die vorbereitenden Unterlagen der Verwaltung und die Meinung der Verwaltung, insbesondere die des Stadtdirektors, der als politisch außerordentlich einflußreich gilt und die des stellvertretenden Stadtdirektors, der als excellenter Fachmann gilt, großen Einfluß auf die Ergebnisse der Beratung.

Finanzlage:

Die Stadt gehört nicht zu den ärmsten Gemeinden und hat Steuergelder zur Verfügung, die nicht ausschließlich für Pflichtaufgaben verplant sind. Zu den Pflichtaufgaben gehören z.B. die Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes (Sozialhilfe). Im Verwaltungs- und Amtsdeutsch heißt das: Die Stadt hat "freie Spitzen" (an Steuergeldern). Diese "freien Spitzen" sind allerdings durch Beschlüsse des Rates weitgehend für die Zukunft festgelegt. Danach sollen z.B. ein neues Verwaltungsgebäude gebaut werden, ein Jugendzentrum eingerichtet werden, ein Schwimmbad gebaut werden usw.



2. Rollenbeschreibungen

- Elterninitiative
- Stadtverwaltung
- Sport- und Kulturausschuß
- andere Bewohner des Gebietes um den Spielplatz
- Presse

Eltern

Die beschriebenen Eltern haben Kinder zwischen 2 und 12 Jahren. Sie sind sehr daran interessiert, daß die Kinder einen sicheren Platz haben, auf dem sie spielen können. Dieser Platz soll den Kindern auch die Möglichkeit geben, etwas zu lernen, sich mit ihrer Umwelt zu beschäftigen und Fähigkeiten zu entwickeln. Dies ist allerdings nur möglich, wenn die Kinder selbst etwas am Spielplatz gestalten können und wenn der Spielplatz die Möglichkeiten und Anregungen bietet, die sich die Eltern vorstellen. Die Eltern kennen sich noch nicht sehr gut und haben sich beinahe zufällig, aber unter den gleichen Interessen zusammengefunden. Sie beschließen, daß sie versuchen werden, möglichst schnell einen solchen Spielplatz, wie sie ihn sich vorstellen, einzurichten. Sie haben inzwischen herausgefunden, wer für all diese Fragen zuständig ist und von dem Vertreter einer dieser Parteien eine Empfehlung bekommen, daß man sich am besten an die gewählten Gemeindevertreter wendet. Mit solchen bürgerinitiativähnlichen Aktionen haben sie bisher noch keine Erfahrungen gesammelt, allerdings einiges davon in der Zeitung gelesen, u.a. daß in der Gemeinde bereits 2 solcher Spielplätze sein sollen, von denen einer auch in Zusammenhang mit einer Elterninitiative ist.

Verwaltung

Die Verwaltung ist dafür zuständig, daß alles nach Recht und Ordnung zugeht, hat darüber hinaus auch eine eigene Meinung im Hinblick auf die notwendigen infrastrukturellen Maßnahmen in der Gemeinde. Dadurch, daß sie im Auftrag des Rates Ermittlungen anstellt, Vordlagen für die Ratsausschüsse erarbeitet und z.T. auch Beschlüsse vorschlägt und entsprechend begründet, hat sie einen großen Einfluß auf die Entscheidungen der Ausschüsse und des Rates. Es heißt, "wenn der Stadtdirektor nicht will, geht an ihm nichts vorbei." Der stellvertretende Stadtdirektor, der als excellenter Fachmann gilt, würde sich wahrscheinlich zusammen mit der Leiterin des Sport- und Kulturamtes mit solchen Fragen besonders beschäftigen. Die Verwaltung, insbesondere der Stadtdirektor, sieht beim Spielplatzbau vor allen Dingen folgende Probleme: Die freien Spitzen der Gemeinde sind langfristig verplant, und es gibt kaum noch Reserven für Unvorhergesehenes. Wenn man einmal anfängt, solche Spielplätze zu bauen - und das zeigen die beiden schon gebauten Robinson-Spielplätze ja deutlich - zieht es einen Rattenschwanz nach sich und keiner weiß, wo das noch alles hinführt. Es ist eh schwierig, den Haushaltsplan immer halbwegs auszugleichen und die Verschuldung nicht zu stark ansteigen zu lassen. Und außerdem, wer weiß, ob man einen solchen Spielplatz in 5 Jahren überhaupt noch braucht, da dann die Kinder älter geworden sind und die Familien wahrscheinlich nicht mehr im gleichen Umfang kleine Kinder haben werden. Die Verwaltung ist allerdings an die Beschlüsse der Ausschüsse und des Rates gebunden und kann sich gegen solche Entscheidungen nur im Rahmen von Hinhaltenaktiken

wehren. Trotz der parteipolitisch unterschiedlichen Zusammensetzung der Stadtverwaltung und der Kreisverwaltung bestehen gute Beziehungen zwischen den Spitzen der Verwaltung und informelle Absprachen im gegenseitigen Einvernehmen sind jederzeit möglich. Ein oft geübtes Mittel, bestimmte Entwicklungen zu verhindern, besteht darin, daß man sagt, der Kreis könne noch keine Zuschüsse zu einer geplanten Maßnahme geben und deswegen sei es für die Gemeinde unmöglich, sie selbst durchzuführen und unverantwortlich, da man ja solche Gelder in Anspruch nehmen müsse. Rechtlich ist die Gemeinde allerdings in der Lage, auch selbst und ohne andere Zuschüsse z.B. einen Spielplatz zu bauen.

Sport- und Kulturausschuß

Neben den Ratsherren gehören dem Sport- und Kulturausschuß sachkundige Bürger an, die durch die Fraktion benannt werden. Im Sport- und Kulturausschuß sitzen überwiegend Repräsentanten der ansässigen Sportvereine. Von daher geht ihr Interesse auch weitgehend in Richtung Sportförderung. Zum Beispiel hat jeder Sportplatz inzwischen eine Flutlichtanlage. Die Ratsherren gelten als gute Fachleute auf diesem Gebiet. Die Wortführer und einflußreichsten Männer und Frauen der Fraktion sitzen allerdings nicht im Sport- und Kulturausschuß.

Ratsherren sind immer darauf hinaus, ein möglichst gutes Bild in der Öffentlichkeit zu bieten, da sie ja schließlich wiedergewählt werden wollen. Kontakte zu Bürgern, wenn sie ordentlich und in Ruhe ablaufen, sehen sie nicht ungern, vor allen Dingen, wenn die Bürger die Entscheidungskompetenz der Ratsherren anerkennen. Es

wird darauf ankommen, wie Bürger taktieren, wenn sie die Ratsherren des Ausschusses dazu bewegen wollen, vorzeitig einen Spielplatz entsprechend zu verändern. Im übrigen haben die Ratsherren keinerlei Planung (z.B. Jugendhilfeplan), an die sie sich halten können, um etwa bestimmte Entscheidungen darauf zu stützen. Die Ratsherren sind sehr interessiert an den Presseberichten, positiven und negativen.

Andere Anwohner

In der Umgebung des Spielplatzes wohnen noch andere Familien teilweise in Eigenheimen - etwas weiter weg, teilweise in unmittelbarer Nähe des Spielplatzes. Es gibt Anwohner, die sich nicht für den Spielplatz interessieren, da sie keine Kinder (mehr) in dem Alter haben, die aber auch nichts gegen die Spielplatzinitiative haben. Vielleicht haben oder wünschen sie sich für eigene Kinder auch einen besseren Spielplatz. Anderen ist es ganz recht, daß auf dem Spielplatz nichts los ist, da sie auch ihre Ruhe brauchen. Als sie von dem Entstehen der Elterninitiative hören, befürchten sie, daß diese unter Umständen dazu führen könnte, daß es mit ihrer Ruhe vorbei ist. Sie unternehmen zur Zeit nichts wesentliches für oder gegen den Spielplatz, sind aber gerne bereit, wenn sie gefragt werden, deutlich zu sagen, warum sie den Spielplatz nicht wollen, z.B. wenn Verwaltung oder Rat sie fragt oder evtl. auch die Presse. Wie sich die beiden Anwohnergruppen verhalten, ob sie selbst aktiv gegen den Spielplatz vorgehen oder vielleicht auch Verständnis für die Elterninitiative bekommen, entwickelt sich im wesentlichen aus den Aktionen der Elterninitiative, des Rates und auch die Presseberichte werden etwas damit zu tun haben.

Presse

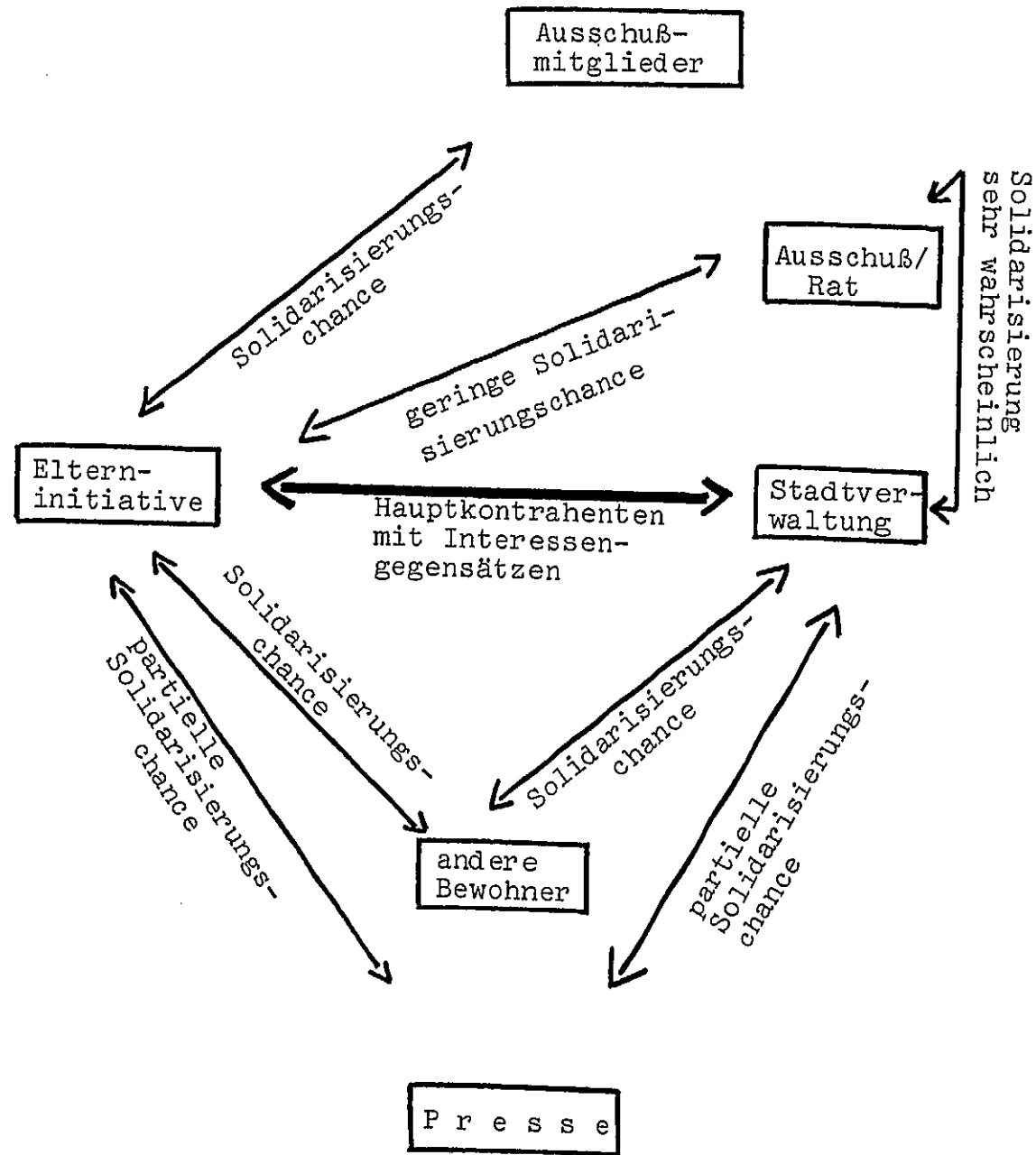
Am Ort gibt es zwei Zeitungen mit einem umfassenden Lokalteil. Beide Zeitungen sind, wie man in der Vergangenheit sehen konnte, gerne bereit, Artikel im Zusammenhang mit der sozialen Infrastruktur zu bringen. Die eine Zeitung neigt eher ein wenig zur CDU, die andere eher ein wenig mehr zur SPD. Mit den Ratsherren des Sport- und Kulturausschusses wird ein enger Kontakt gepflegt und auf ihre Anregung hin erscheint auch mancher Artikel. Aber auch für die Bürger ist es möglich, die Berichterstatter anzusprechen und sie zur Veröffentlichung zu bewegen. Allerdings werden die Berichterstatter, entsprechend dem Trend ihres Verlegers und ihrer eigenen Meinung und Überzeugung Informationen auswählen und auch Meinungen der Bevölkerung, die der eigenen entsprechen, besonders herauszustellen.

Spielauslöser

Einige Vertreter der Elterninitiative haben dem Jugendamt einen Besuch abgestattet. Der Sachbearbeiter erteilte ihnen die Auskunft, daß z.Zt. keine Mittel zur Verfügung stehen, daß das Problem aber gesehen werde. Im neuen Jugendhilfeplan werde dieser Spielplatz jedoch berücksichtigt. In dem Zusammenhang werde dem Rat das Problem vorgelegt und zur gegebenen Zeit werde man mit der Elterninitiative Kontakt aufnehmen.

Seit diesem Gespräch sind 8 Wochen vergangen, ohne daß - für die Elterninitiative sichtbar - etwas passiert ist.

Konfliktstruktur vor dem Planspiel



INTERAKTIONSTABELLE

	1	2	3	4	5	SL		Ausgänge
1		7	5	2	7			21
2	5		3	2	1			11
3	1	3		1	2			7
4	2	2	1					5
5	4	3	4	3				14
SL	1	1	1	1	1			5
Ein- gänge	13	16	14	9	11			

- Planspielgruppen
- 1 = Elterninitiative
 - 2 = Stadtverwaltung
 - 3 = Ausschuß
 - 4 = andere Bewöhner
 - 5 = Presse
 - SL = Spielleitung

Die Elterninitiative war danach die Spielgruppe, die die meisten Spielzüge initiierte, was sicherlich auch ihrer Funktion in diesem Spiel entspricht.



Sie war fast 2 bis über 4mal so aktiv wie die anderen Spielgruppen. Hier wird deutlich, daß zur Durchsetzung bestimmter politischer Forderungen vor allem bei freien Initiativen ein "Mehr" an Aufwand notwendig ist, als es andere traditionelle gesellschaftliche Initiativen aufbringen müssen. Auffallend ist, daß die Stadtverwaltung nach der Elterninitiative und der Presse die aktivste Gruppe im Spiel ist. Sieben von den Elterninitiativen an die Stadt gerichtete Spielzüge werden fünf Spielzüge der Stadtverwaltung an die Elterninitiative entgegengesetzt: ein sicherlich relativ hoher Anteil. Der Ausschuß hat sich dagegen nur einmal mit der Elterninitiative in Verbindung gesetzt, wogegen 5 Spielzüge von der Elterninitiative an den Ausschuß bzw. einzelne Ausschußmitglieder gerichtet waren. Überhaupt stellt sich die Situation so dar, daß mehr Dinge an den Ausschuß herangetragen werden (14 SZ) als von ihm ausgehen (7 SZ, also die Hälfte), was sicherlich die Situation widerspiegelt.

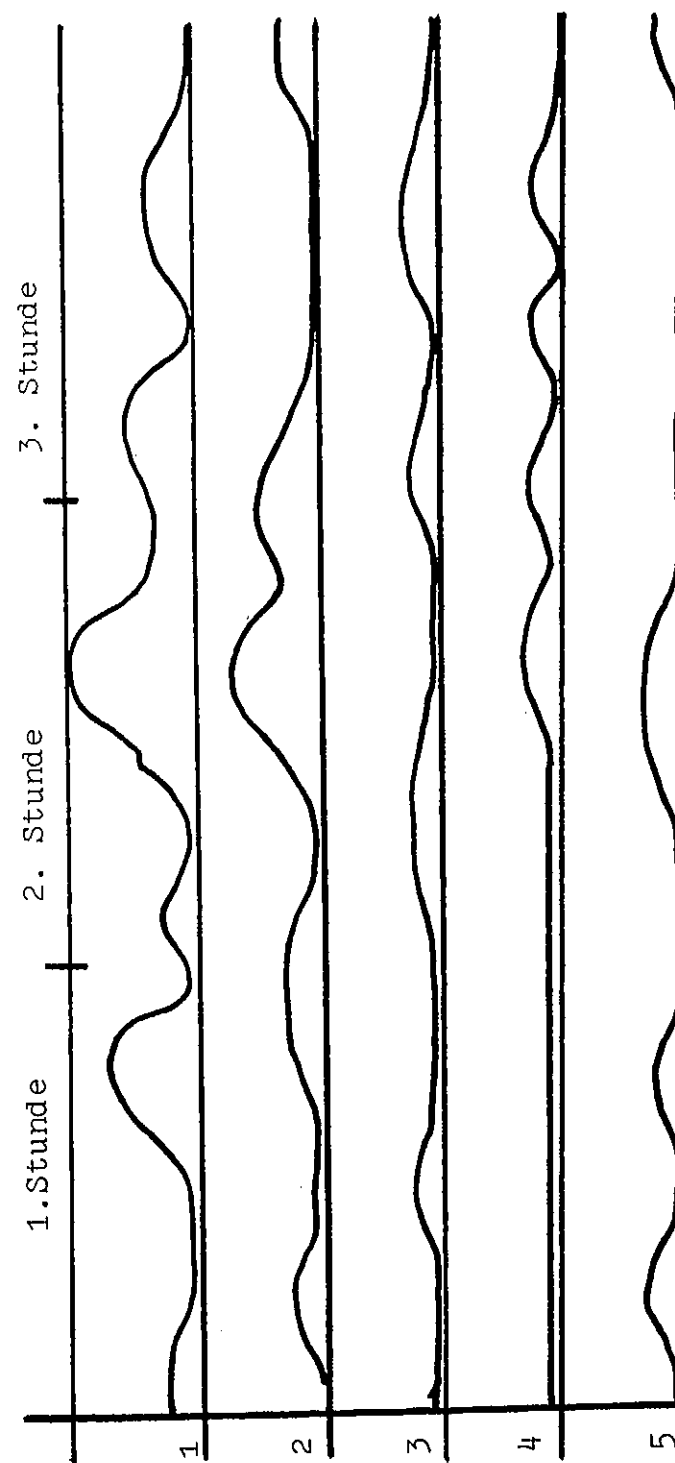
Zählt man Stadtverwaltung und Ausschuß zusammen und stellt

sie der Initiative gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild: 12 Spielzüge (also über die Hälfte) wurden von der Elterninitiative an Stadt und Ausschuß gerichtet. Die Stadt und der Ausschuß antworteten mit 6 Spielzügen. Hieran werden die vorhandenen Machtverhältnisse deutlich. Die Elterninitiative, die an den herrschenden Verhältnissen etwas verändern will, muß bedeutend aktiver sein als Stadtverwaltung und Ausschuß, die aufgrund ihrer Machtstellung sich in erster Linie abwartend verhalten können, die auf Forderungen scheinbar eingehen, dies in die Länge ziehen und damit einen Teil der Forderungen wieder zu nichte machen.



Solange für die "anderen Bewohner" keine konkrete Gefahr besteht, verhalten sie sich ruhig und sehen keine Veranlassung, besonders aktiv zu werden. So erklärt sich, daß von dieser Gruppe nur 5 SZ initiiert wurden, 9 SZ aber eingingen.

Mit 14 SZ stellt die Gruppe "Presse" die zweitaktivste Gruppe dar, was aber in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß hier meist alle SZ auch an alle Spielteilnehmer gerichtet waren. 11 eingegangene SZ zeigen einen für die Presse hohen Beteiligungsgrad an.



Erklärung: Die Linien spiegeln die Anzahl der in diesem Zeitraum eingespielten Spielzüge wider

zu Spielgruppe:

- 1: Die Elterninitiative steigt aktiv ein und hat in der 1. und 2. Phase 2 Spielhöhepunkte. Dann zeigt sich eine abnehmende Tendenz, aber immer noch aktiv
- 2: Die Stadtverwaltung ist durchgehend aktiv, vor allem aber in der 2. Phase
- 3: Die Aktivitäten des Ausschusses verteilen sich gleichmäßig auf den gesamten Spielverlauf
- 4: Die Anwohner verhalten sich gemäß ihrer Rolle abwartend und greifen dann in der 2. Hälfte des Spiels aktiv ein.
- 5: Die Aktivitäten der Presse konzentrieren sich auf die 1. und 2. Phase des Spiels. Das Planspiel endet mit einem Presseartikel

Dem Planspiel vorangegangen waren

- die Diskussion über die Planspielvorlage (Ausgangslage Rollenbeschreibung etc.)
- die Auseinandersetzung über Spielplätze heute. Zum besseren allgemeinen Verständnis wurde ein "Spielplatzmodell" gebaut.
- In diesem Zusammenhang erwähnenswert ist, daß auch die Kinder einen Kinderspielplatz als Modell konzipierten und den Eltern im Rahmen einer Vorstellung demonstrierten.
- Die Entwicklung einer Spielstrategie der einzelnen Spielgruppen für das Planspiel (unter Fragestellungen wie: Was wollen wir erreichen? Wie wollen wir es erreichen? Wie wollen wir es durchsetzen? Mit wem können wir uns verbünden? Welche Strategie werden die anderen Gruppen einschlagen?)
- Die konkrete Einführung in den Ablauf des Planspiels (Erklärung als Methode)

1. Spielphase:

Der Spielauslöser ermöglicht es der Elterninitiative, sofort aktiv das Spielgeschehen zu bestimmen. Sie schicken einen Brief an die Stadt und kündigen ihren Besuch mit ihren Kindern bei der Stadt an. Informiert wird hierüber auch gleichzeitig die Presse. Die Stadt versucht abzuwehren, indem sie darauf "wohlwollend" hinweist, daß sich alles noch in der Entwicklung befände. Während bei diesen beiden Spielgruppen offensichtlich schon klare Vorstellungen über Vorgehensweisen existieren, bringen sich Presse und Ausschuß mehr fragend ins Spiel, indem sie sich nach der Elterninitiative erkundig-

gen. (SZ 2 und 4). Mit SZ 7 und 8 geht die Elterninitiative in die Offensive. Sie veranstaltet ein go-in bei der Stadtverwaltung und übergibt dort einen Plan, auf dem ihre konkreten Vorstellungen über einen Kinderspielplatz festgehalten ist. Spielzug 9 ist eine Beantwortung der Elterninitiative an die Presse und beinhaltet eine kurze Selbstdarstellung der Initiative. Diese 3 hintereinanderfolgenden Spielzüge der Elterninitiative bringen Ausschuß und Stadtverwaltung erst einmal in Zugzwang. Das bis dahin wohlwollende Verhalten der Presse unterstützt dies noch zusätzlich. Mit dieser Offensive ist die erste Phase beendet.

2. Spielphase

Dieser wohlwollende Bericht löst jedoch einen Leserbrief, initiiert von der Spielleitung, aus (SZ 16), um ein Gegengewicht zu den bisherigen wohlwollenden Auffassungen gegenüber der Initiative darzustellen. Dieser Spielzug der Spielleitung leitet denn auch insgesamt in der 2. Spielphase eine Wende ein. Ausschuß, Stadtverwaltung und Anwohner (z.T. auch noch die Presse) gehen zunehmend in die Gegenoffensive (SZ 21, 22, 23, 24, 29, 30, 21). Der Wunsch der Initiative, einzelne Ratsmitglieder für ihre Interessen zu gewinnen, wird nur mit einer formalen Bereitschaft der Politiker zur Zusammenarbeit erwidert. Die Anwohner berufen sich auf bereits beschlossene Bebauungs- und Flächennutzungspläne. Die Stadt fordert die Initiative auf, eine pädagogische Konzeption sowie einen detaillierten Kostenvoranschlag (entspricht nicht der Realität!!!) beizubringen. Zusätz-

lich gewährt sie Einsicht in den Haushaltsplan, woraus der begrenzte Umfang der zur Verfügung stehenden Gelder hervorgeht. Außerdem schlägt sie vor, einen bereits bestehenden Spielplatz aufzubessern. Die Elterninitiative versucht, diesem Gegendruck dadurch entgegenzutreten, indem sie zu einem Aktionsfest einlädt, um hierdurch auf ihre Probleme aufmerksam machen zu können. In einer Ausschußsitzung (SZ 37) wird von den Ausschußmitgliedern zwar festgestellt, daß die Interessen der Eltern berechtigt seien, aber beschlossen wird, den bereits vorhandenen Spielplatz zu verbessern.

Die Elterninitiative lehnt diesen Vorschlag der Verwaltung und den Beschluß des Ausschusses kategorisch ab, was die Initiative zu diesem Zeitpunkt absolut in die Defensive bringt. Die Stadtverwaltung kann jetzt - endlich - offensiv reagieren und ihr "Bedauern" aussprechen, daß die Initiative diesen Vorschlag nicht annehmen will. Sie beteuert, alles getan zu haben, was in ihren Möglichkeiten stand.

Ein Presseartikel mit der Überschrift "Teilerfolg der Spielaktivitäten" beendet das Planspiel.

Konfliktstruktur nach dem Planspiel

